Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

27.10.1922 (No. 251)

Visual Library

№ 251 Freitag, den 27. Oktober 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Oktober 216 ℳ — Einzelnummer 7 ℳ — Anzeigengebühr: 7 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Überbrückung der Gegensätze.

In den letzten Tagen haben sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Sozialdemokraten einerseits und der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft andererseits über die Frage ergeben, wie man durch wirtschaftspolitische Maßnahmen am besten der ungeheueren Not im Innern steuern kann. Und der Reichskanzler bemüht sich seitdem unausgesetzt, eine Linie zu finden, auf der sich alle Parteien des Wiederaufbaus wieder zusammenfinden können.

Wir halten es nicht für angezeigt, in diese Erörterungen mit irgend einem Urteil oder mit irgend einer bestimmt vorgetragenen Auffassung einzugreifen. Wir halten es lediglich für notwendig zu betonen, daß im Interesse der Gesamtheit unbedingt eine Einigung gefunden werden muß. Wir können innerpolitisch und außenpolitisch der unsäglichen Schwierigkeiten der Lage überhaupt nicht mehr Herr werden, wenn die Parteikonstellation, die die einzige Gewähr für ein ersprießliches Weiterarbeiten bietet, in die Brüche geht. Natürlich müssen von beiden Seiten Konzessionen gemacht werden. Und, wie es scheint, vertritt auch die Sozialdemokratie ihre Forderungen heute schon nicht mehr mit derselben Schroffheit des Tones, wie noch vor einigen Tagen. Ist der Ton, in dem Forderungen vorgetragen werden, aber erst einmal ruhiger geworden, so wird sich vielleicht auch sachlich ein Ausgleich anbahnen lassen.

Alle Parteien des Wiederaufbaus von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei haben ein Interesse daran, daß die bisherige Regierungsgrundlage nicht erschüttert wird. Und deshalb sollten unter keinen Umständen Momente ungebührlich in den Vordergrund geschoben und polemisch ausgeschlachtet werden, die geeignet sind, die Gegensätze noch zu verschärfen. Ein solches Moment ist zweifellos die Tatsache, daß allen schönen Ankündigungen zum Trotz jetzt eben doch die „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft" in geschlossener Kampffront der Sozialdemokratie gegenübertritt.

Aber zunächst sollte man doch bedenken, daß diese Kampffront sich ganz von selbst auch dann ergeben hätte, wenn die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft als solche nicht gegründet worden wäre. Und auch hierbei bleibt noch immer zu beachten, daß eine offizielle Gründung ja überhaupt noch gar nicht erfolgt ist. Daß aber, zumal in wirtschaftspolitischen Fragen, die Sozialisten und die nichtsozialistischen Parteien vielfach entgegengesetzte Anschauungen vertreten, ist ja bekannt genug. Und das innerpolitische Ziel der ganzen Koalitionspolitik kann ja praktisch eben nur darin bestehen, daß man diese Anschauungen zu einem leidlich harmonischen Ausgleich bringt.

Ferner aber sollte man sich einmal fragen, ob denn wirklich der Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft heute noch dieselbe faktische Berechtigung hat, wie früher; man sollte sich fragen, ob nicht vielleicht dieser ganze Gegensatz in seinen wesentlichsten Punkten bereits von den Ereignissen überholt ist und nur noch in solchen Punkten besteht, über die zu streiten im Augenblick schon deshalb wenig lohnt, weil der furchtbare Ernst unserer augenblicklichen Lage uns ganz andere Sorgen vor Augen führt. Sind es aber gerade diese Sorgen, die jetzt eine Stellungnahme der Koalitionsparteien erfordern, so ist doch vorauszusetzen, daß die Anhänger aller Parteien unter diesen Sorgen annähernd gleichmäßig leiden, und daß demgemäß auch alle Parteien von sich aus das ehrliche Bestreben haben, diese Sorgen zu beseitigen. Es kann sich also praktisch nur darum halten, den besten Weg zu finden, der aus dem Elend herausführt.

Wer aber will heute sagen, welches dieser beste Weg ist?! Es ist das Charakteristikum unserer Zeit, daß man gar nicht mehr die Möglichkeit hat, unter guten Vorschlägen den besten herauszusuchen, sondern daß man gezwungen ist, unter lauter Übeln dasjenige herauszufischen, das noch schließlich am erträglichsten ist. Denn die Verhältnisse sind seit dem Weltkriege so geworden, daß beinahe eine jede Maßnahme zur Besserung sich irgendwie als unzulänglich erwiesen hat. Sie konnte sich meist auch gar nicht als zuträglich erweisen, da eben der Kreis der Entwicklung, in den wir hineingestellt sind, schon an sich ein circulus vitiosus ist, und weil eben in der ganzen Welt, von deren guten Willen wir ja abhängig sind, immer noch Haß und Unvernunft die regierenden Faktoren sind.

Es kommt also darauf an, sich schiedlich-friedlich auf einer Kompromißgrundlage zu einigen. Wenn man nun aber geflissentlich den unserer Ansicht nach historisch gewordenen Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft in den Vordergrund zerrt und einen jeden Vorschlag unter dem Gesichtswinkel des Klassenkampfes betrachtet, dann wird man wohl kaum bald zu einer vernünftigen Einigung gelangen. Was besonders die Arbeiterschaft betrifft, so sollte sie sich sagen, daß sie ja heute keine Veranlassung mehr hat, dem Bürgertum mit jener Feindseligkeit gegenüberzutreten, wie sie früher rein gefühlsmäßig nur zu berechtigt erscheinen mochte.

Politisch hat die Arbeiterschaft heute — und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich — dieselben Rechte, wie das Bürgertum. Sozial ist die Stellung des Arbeiters heute in den Augen aller nur einigermaßen vernünftigen Volksgenossen ebenso geachtet, wie die des Beamten, des Kaufmanns oder des Mannes der freien Berufe. In finanzieller Hinsicht aber liegen die Dinge heute so, daß der Arbeiter im Durchschnitt ein Einkommen bezieht, das sich durchaus neben dem der übrigen Festbesoldeten und auch neben dem Einkommen manch eines Kaufmanns und Handwerkers sehen lassen kann.

Wenn man die Dinge so betrachtet, möchte man diese Entwicklung dahin formulieren, daß eben auch die Arbeiterschaft letzten Endes sich verbürgerlicht hat, soweit eben die politische, soziale und finanzielle Grundlage der Existenz des Arbeiters in Frage kmmt. Ist dem aber so, dann ist nicht recht einzusehen, warum der Klassenkampf zwischen der Sozialdemokratie und Parteien entbrennen soll, die doch diese neue Stellung der Arbeiterschaft anerkennen. Ganz etwas anderes ist es natürlich mit den reaktionären Parteien bezw. mit den reaktionär gesinnten Volksgenossen schlechthin, die diese neue Stellung des Arbeiters nicht respektieren wollen und ein System wieder aufzurichten versuchen, in welchem der Arbeiter als vierter, d. h. unterster Stand gewertet wird. Dieser Reaktion gilt auch heute noch der Kampf. Und in der Erkenntnis, daß dieser Kampf notwendig ist, sind sich ja alle Verfassungsparteien einig. So könnte also auch diese Tatsache sehr wohl der Überbrückung der Gegensätze dienen.

Französische Sprachpolitik am Rhein.

Zum größten Leidwesen der französischen Kultur-Imperialisten — sie sind mehrfach in Presseäußerungen wiedergekehrt — setzte Artikel 5 des **Rheinlandabkommens** den zahlreichen widerrechtlichen Eingriffen in das Schulwesen während des Waffenstillstandes ein Ziel; denn danach ist das öffentliche Unterrichtswesen Bestandteil der deutschen Zivilverwaltung, für die künftig allein die deutschen Gesetze maßgebend sind. Der Glaube freilich, daß damit dem Eindringen der **französischen Propaganda in das Schulwesen** dauernd ein Riegel vorgeschoben sei, erwies sich, wie Peter **Hartmann** in Nummer 41 des „Rheinischen Beobachters" schreibt, aber bald das irrtümlich, denn das Rheinlandabkommen gab in verschiedenen Nebenabkommen doch den Franzosen Gelegenheit, durch Hintertüren wieder in das deutsche Schulwesen einzuschleichen. Zunächst aber galt es, das **rheinische Unterrichtswesen**, das in Organisation, Lehrkörper, und Lehrbüchern sich den französischen Plänen durchaus unzugänglich erwies, nach Möglichkeit in seiner Wirksamkeit zu lähmen und in der notwendigen Autorität zu **erschüttern**. Ein wesentliches Mittel hierzu ist die **militärische Belegung der Schulhäuser** bei Übungen und sonstigen militärischen Bewegungen. Auf Wochen hinaus war bald dadurch ein geregelter Unterricht unmöglich. Nach einem Bericht des Regierungspräsidenten von Düsseldorf waren allein 70 Schulen in den Kreisen Düsseldorf, Solingen, Duisburg, Neuß, Moers und Wermelskirchen von den Besatzungstruppen belegt. Daß in der Unmöglichmachung des Unterrichts eine bestimmte Absicht der Franzosen vorausgesetzt werden kann, geht aus der Tatsache hervor, daß in Neuß die Schulen requiriert wurden, trotzdem ein Barackenlager für 1400 Mann zur Verfügung stand. Die Form der Nadelstichpolitik nahm auch die **Kontrolle des Schulturnens** an. Sogar in den Mädchenschulen wurde der Turnunterricht überwacht. Man fürchtete offenbar, daß die Lehrerinnen bei harmlosen Reigenaufführungen künftige Amazonen ausbildeten.

Der eigentliche Kern der französischen Schulpropaganda ist aber die französische **Sprachenpolitik**. Die französische Sprache ist ja stets ein wesentliches Mittel der französischen Kultur- und Machtverbreitung gewesen. Jedermann kennt die Erfolge der „Alliace francaise", die gerade die französische Sprache als das Hauptmittel der französischen Kulturpropaganda betrachtet. Während des Waffenstillstandes ist zahlreich die französische Sprache als Unterrichtsgegenstand eingeführt worden. Die Entscheidung der Interalliierten Kommission vom 20. Mai 1920 erklärte alle diese während des Waffenstillstandes über diesen Gegenstand erlassenen Befehle als hinfällig.

Ein wesentliches Mittel zur Verbreitung der französischen Sprache und somit des französischen Einflusses sind die **freiwilligen französischen Sprachkurse**. Durch sie hofft man, die Schuleinbuße wieder wett machen zu können. Zwar darf nach den gesetzlichen Bestimmungen keinerlei Zwang ausgeübt werden. Auch brauchen die Schulbehörden weder Räume noch Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen; die deutschen Beamten können es ablehnen, sich irgendwie an der Werbetätigkeit der französischen Kreisdelegierten für diese Kurse zu beteiligen. Trotzdem aber verstehen die Franzosen diese Kurse sehr wohl zu einem wesentlichen Hauptmittel der französischen Unterrichts- und Sprachenpropaganda zu machen. In **riesenhaften Reklamen** werden die Rheinländer durch amtliche Bekanntmachung der Militärbehörden zur Teilnahme an diesen Kursen aufgefordert. Die deutschen Gemeindebehörden müssen mehr oder minder freiwillig die Räume stellen und meist auch die Anmeldung entgegennehmen. Die Teilnahme ist fast immer unentgeltlich. In der Stundenlegung beweist man das größte Entgegenkommen. Die Lehrkräfte stellen zum großen Teil die Franzosen. Die Kurse sind verschieden gruppiert, teils nach den Vorkenntnissen, teils nach Alter, Beruf oder Geschlecht. Nach französischer Tradition wird nur die direkte Methode benutzt: die Anwendung der französischen Unterrichtssprache.

Die Teilnehmer an diesen Sprachkursen müssen ihre Anschriften genau mitteilen und Veränderungen anzeigen. In einigen Fällen ist bekannt geworden, daß diese Listen zu politischen Zwecken besonders zu **Werbeversuchen** durch Flugschriften, Zeitungsnummern, Bücher usw. ausgenutzt werden.

Trotzdem die Kurse besonders anfangs sehr viel Zulauf fanden, wurde aber die Bevölkerung bald mißtrauisch. Offenbar französischen Ursprungs ist z. B. folgende Beruhigungsnotiz der Bernkasteler Zeitung, die in ihrer Offenherzigkeit doch deutlich die Zusammenhänge aufdeckt: „Ängstliche Gemüter mögen vielleicht der Ansicht sein, daß die Kurse die allmähliche **Einverleibung des Rheinlandes** in die französische Republik einleiten und vorbereiten. Davon kann nicht die Rede sein. Tatsache ist, daß die **französische Sprache eine Weltsprache** ist und bleibt und nach der englischen die meist gesprochene Sprache der Erde ist. Tatsache ist ferner, daß die französischen Inserate in den führenden Zeitungen des Rheinlandes sich von Tag zu Tag mehren, ebenso wie die Handelsbeziehungen mit Frankreich und den im Rheinland errichteten Filialen französischer Firmen zunehmen. Das Rheinland bildet die Brücke zwischen Frankreich und Deutschland, und es kann den ganzen Handelsverkehr zwischen Frankreich und Mittel- und Norddeutschland vermitteln. Ohne Kenntnisse der französischen Sprache ist dabei nicht auszukommen." — Es ist bei dieser eigenartigen Schul- und Sprachenpolitik der französischen Besatzungsbehörden kein Wunder, daß bei den Rheinländern die bange Befürchtung auftauchte, daß man ihnen ihre angestammte deutsche Muttersprache nehmen oder zum mindesten beschränken wolle. In mehrfachen parlamentarischen Anfragen äußerte sich die Meinung, daß die **französische Sprache** in den **behördlichen Dienstbetrieb** aufgenommen werden solle. Wenn dies auch von der obersten französischen Besatzungsbehörde bestritten wurde, so ergab sich doch, daß verschiedene französische Behörden erklärt hatten, beschleunigte Erledigung von Eingaben sei nur zu erwarten bei französischer Abfassung.

In einem charakteristischen Artikel des Grafen **Jean de Pange** über die französische Rheinpolitik werden diese Kurse eingehend behandelt. Er schreibt u. a.: „An der Mosel, in unmittelbarer Nähe von Frankreich, macht das öffentliche Vortragswesen außergewöhnliche Fortschritte (plus rapides). In Trier war ein elsässischer Professor beauftragt mit dem Organisieren eines Elementarschulwesens für die jungen Franzosen. Angeregt durch die Einwohner hat er dort auch Kurse eingerichtet zum Erlernen der französischen Sprache. Mit Unterstützung von etwa 30 Lehrern hat er Abendkurse eröffnet, die zweimal in der Woche zwei Stunden Sitzungen abhielten. 2000 Teilneehmer sind eingeschrieben."

Die Anmeldeziffern zu Anfang sind ein glänzendes Mittel, die französischen Behauptungen von den angeblich vorhandenen rheinischen Bedürfnissen nach Westorientierung zu dokumentieren. Die französische Presse und die Nachrichtenbüros schicken deshalb sofort, nachdem die Anmeldungen erfolgt sind, diese Zahlen in alle Welt als beredte Zeugnisse der französischen Sympathieen. Daß man freilich vergißt, die Zahlen am Ende der Kurse anzugeben, daß man schamhaft den starken moralischen Druck auf die verängstigten Rheinlande verschweigt, hat die französische Imperialisten nie gedrückt.

Daneben gibt es noch einen sehr wesentlichen Grund, der die Franzosen **zur Beibehaltung der Kurse** veranlaßt: sie sind ein vorzügliches Mittel zur Auffindung und **Werbung französischer Spitzel**. Jedermann im Rheinlande weiß, welches Heer von Spitzeln die Franzosen bereithalten für einen kommenden separatistischen Putsch. Diese Kurse, besonders aber die sich hieraus bildenden vertraulichen Zirkel sind ein vorzüglicher Weg, die rückgratlosen und mürben Seelen herauszufinden, die es überall in der Welt gibt und die sich für diesen Spitzeldienst eignen.

Der Rheinländer, namentlich der rheinische Arbeiter und Gewerbetreibende, sah zunächst in diesen Kursen, gutgläubig wie immer, die scheinbar willkommene Gelegenheit, die Lücken seiner Sprachbildung auszufüllen; sehr bald aber merkte er, daß die deutsche Schulverwaltung hierfür besser sorgt als der fremde pazifistische Rattenfänger.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zur Frage der Mehrarbeit

schreibt in Nr. 246 vom 25. Oktober ein christlicher Gewerkschaftler dem **„Badischen Beobachter"** folgendes:

„Wer von **Mehrarbeit** spricht, denkt an den **Achtstundentag.** Muß an ihn denken, denn die Arbeitszeit ist ein gewichtiger Faktor im Produktionsprozeß, und hat hinsichtlich der Warenmenge eine beachtliche Stellung. Vielleicht darf ein christlicher Gewerkschaftler zu diesem Kapitel einige Gedanken niederlegen. Arbeitet denn unser Volk nicht? Arbeitet speziell unsere **Arbeiterschaft** nicht, ist sie bloß „anwesend". Unser Volk, ausgenommen Schieber und Wucherer, arbeitet. Ja ich behaupte, **es wird heute mehr gearbeitet, als in der Vorkriegszeit,** gemessen an den Verhältnissen. Die Zahlen sind meines Erachtens nicht die alleinige Grundlage zur Wertung der Arbeit. Die frühere **10stündige** Arbeitszeit ging leichter vonstatten, hatte nicht die zerstörende Wirkung, wie heute bei **8 Stunden.** Eine Reihe von Jahren ist die Ernährung weiter Volksschichten derart, daß die Arbeitszeit begrenzt ist, an der **Arbeitsmöglichkeit.** Das muß festgehalten werden. Es wird niemand glauben machen wollen, daß schwere körperliche Arbeit bei mangelhafter Ernährung ohne Schaden zu leisten ist. — Ein volkswirtschaftlicher Lehrsatz ist, daß Arbeit den Wohlstand eines Volkes bedingt. Bei den heutigen Verhältnissen ist die Frage aufzuwerfen: Für wen arbeitet das deutsche Volk eigentlich? **Arbeit,** wie wir sie seit Jahren leisten, dient offensichtlich **nicht dem Wohlstand,** sondern **der Verelendung,** weil ihre Früchte nicht uns, sondern andern zugute kommen. Wo aber das Bewußtsein vorhanden ist, meine Mühe gilt anderen, ihren Ertrag stecken andere ein, da wird es nicht leicht sein, zu erhöhter Leistung zu bestimmen. Und nun zum **Achtstundentag.** Um es vorweg zu sagen, die **christliche Arbeiterschaft hält an ihm fest.** Das Prinzip will sie nicht durchbrochen sehen. Die christliche Arbeiterschaft, die den Volksgemeinschaftsgedanken pflegt, verkennt nicht die volkswirtschaftliche Bedeutung der Arbeitszeit. Verhältnisse und Fälle wird sie unter diesem Gesichtspunkt prüfen, das heißt unter dem Maßstab: was tut der Wirtschaft und der Allgemeinheit not. Aber dies nur unter Wahrung des Prinzips. Und zwar deshalb, weil für die christliche Arbeiterschaft **die Arbeitszeit** nicht nur eine **Frage** wirtschaftlicher Art, sondern ebensogut eine solche der **Menschlichkeit.** Hier wird die Auffassung vertreten, daß der Arbeiter nicht der Arbeit wegen da ist, sondern die Arbeit des Menschen wegen. **Zuerst der Mensch als Mittelpunkt dessen, was wir sehen und dann die Arbeit.** Früher waren in der Praxis andere Grundsätze maßgebend, mit der Folge, daß wir heute arm sind, trotz vieler Arbeit. Auch die christliche Arbeiterschaft müßte **es ablehnen,** von neuem einen Zustand zu beginnen, der sich dahin auswirkt, daß das **Leben des Arbeiters in Arbeit und Schlaf vergeht.** Auch die christliche Arbeiterschaft mit ihren sittlichen Grundsätzen vermag solchen Gedankengängen nicht zu folgen. Dabei kann man z. B. über den schematischen Achtstundentag verschiedener Meinung sein. Was heute in der Frage der Arbeitszeit zu beachten ist, ist zunächst einmal die Sorge, daß all die, die Schaffenslust haben, und zur Arbeit gezwungen sind, auch wirklich 8 Stunden arbeiten können. Und wenn es sich ergibt, daß **Mehrarbeit** notwendig ist, dann kann es nur in Form von Überstunden geschehen. Da und dort mag man dies als Prinzipienreiterei ansehen, aber nur dort, wo man die Dinge lediglich wertet unter dem Geschäfts- und Wirtschaftsstandpunkt."

*

Dann fügt der „Badische Beobachter" folgenden Brief des rheinischen Großindustriellen August **Thyssen** an den Reichskanzler Dr. **Wirth** — der „Kölnischen Volkszeitung" bei, der sich ebenfalls mit der Frage der verlängerten Arbeitszeit befaßt:

„Die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland muß alle ernsten Männer mit größter Sorge erfüllen. Beinahe vier Jahre sind nun seit Beendigung des unglücklichen Krieges verflossen, und statt allmählich eine Besserung wahrzunehmen, müssen wir feststellen, daß wir von **Tag zu Tag tiefer ins Elend** geraten und **immer mehr verarmen.** Gewiß, die Hauptschuld hieran trägt der unerfüllbare Diktatvertrag von **Versailles.** Einen sehr großen Teil der Schuld aber müssen **wir uns selbst** zuschreiben. Das Unglücklichste, das uns die Revolution bringen konnte, ist die unterschiedslose **Einführung des Achtstundentages** für alle Arbeiter und Angestellten gewesen, weil dadurch die Arbeitsleistung und damit die **Produktion** gewaltig **vermindert** wurden: Wir haben über 4 Jahre lang Krieg gegen die ganze Welt geführt, unsere ganze Arbeit während dieser Zeit war wirtschaftlich unproduktiv. Wir haben den Krieg verloren. Die Entente hat unsere Flotte, unsere Kolonien, unsere ganzen Auslandswerte und einen großen Teil unseres Landes weggenommen. Seit Jahren müssen wir dem Feinde außerdem viele Milliarden in Gold- und Sachwerten liefern. Und da glaubt das deutsche Volk, **das im Frieden 10 Stunden arbeiten** mußte, um sich zu ernähren, es **brauche jetzt nur noch 8 Stunden zu arbeiten** und könne besser leben wie vor dem Kriege! Nicht nur das! Das deutsche Volk leistet im Stundendurchschnitt zum größten Teil nur 60 bis 70 Prozent dessen, was es im Frieden gearbeitet hat: An der **Ruhr** förderten wir vor dem **Kriege** mit 395 000 Bergleuten jährlich 114 000 000 Tonnen Kohlen und jetzt mit 550 000 Bergleuten knapp 100 000 000 Tonnen. Ähnlich stellt sich die Erzeugung der übrigen Industrien. Ich schätze, daß unsere gesamte Wirtschaft, einschließlich der Landwirtschaft, im Durchschnitt heute kaum 60 bis 70 Prozent der Friedensleistung hervorbringt. **Mehr als es produziert, hat ein Volk aber nicht zu verbrauchen.** Geht es darüber hinaus, so lebt es vom Kapital, wie es tatsächlich bei uns in erschreckendem Maße geschieht. Dieser Zustand läßt sich aber nur kurze Zeit aufrechterhalten, dann muß der Zusammenbruch kommen.

Es ist mir unfaßbar, wie Herr Reichspostminister **Giesberts** dieser Tage noch in einer öffentlichen Versammlung behaupten konnte, man müsse unbedingt **am Achtstundentag** festhalten, nachdem selbst ein Teil der sozialdemokratischen Führer erklärt hat, es gehe so nicht weiter.

Schon heute ist unsere **Wettbewerbsfähigkeit dem Auslande gegenüber** schwer bedroht. Darüber dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen lassen, wenn vorübergehend durch einen schlechten Stand der Mark die Ausfuhr erleichtert wird. Alle Welt macht große Anstrengungen, die Produktion zu verbilligen und zu steigern, und wir müssen unbedingt folgen, wenn wir den Kampf bestehen wollen.

Retten kann uns nur eine größere Gütererzeugung. Um dieses zu erreichen, müssen wir eine größere Arbeitsleistung erzielen, die ihrerseits nur durch eine **Verlängerung der Arbeitszeit** zu erlangen ist. Die dadurch mögliche Hebung des ganzen Lebensstandes wird auch bei den Arbeitern und Angestellten die frühere Arbeitsfreude zurückkehren lassen. Den vielen Worten, mit denen auf die **Notwendigkeit der Mehrarbeit hingewiesen** worden ist, muß jetzt die Tat folgen. Ich sehe keinen anderen Weg, um uns vor dem Untergang zu bewahren. Alle die kleinen Mittel, die erwogen werden zur Besserung der Lage, wie Einfuhrverbote, **Wiedereinführung von Zwangsbewirtschaftungen usw., können uns nicht helfen,** sondern wir müssen mehr produzieren. Wenn die Erzeugung der Industrie steigt, wird diejenige der **Landwirtschaft** automatisch folgen, und die Einfuhr von Lebensmitteln kann eingeschränkt werden. Nur hierdurch ist es möglich, unsere **Handelsbilanz** aktiv zu gestalten und damit die Valuta zu heben. Ich bin mir nicht im Zweifel darüber, daß heute fast alle denkenden Männer der Politik und Wirtschaft, auch die maßgebenden Führer der Arbeiterschaft, davon durchdrungen sind, daß wir ohne Mehrarbeit nicht wieder hoch kommen. Wenn aber diese Einsicht vorhanden ist, so müssen wir auch den Mut aufbringen, die Idee **in die Tat umzusetzen.** Ich las dieser Tage in der Zeitung, daß das französische Ministerium die Aufhebung des Achtstundentages bei der Eisenbahn und in der Handelsmarine beschlossen hat. Das wird in Frankreich nur den Anfang bedeuten. In Belgien sind meines Wissens schon seit längerem Bestrebungen auf **Wiedereinführung der alten Arbeitszeit** im Gange. Amerika hat den Achtstundentag überhaupt nicht eingeführt. Daß wir, die wir die Arbeit am allernotwendigsten haben, deshalb nicht länger zögern dürfen, wieder zur alten Arbeitszeit zurückzukehren, ist für mich eine unumstößliche Überzeugung. Es ist diese Notwendigkeit aber auch eine unanfechtbare Tatsache, die umso weniger bestritten werden kann, als uns keiner zu sagen weiß, wie wir sonst, d. h. ohne eine gewaltig erhöhte Produktion und eine entsprechend vermehrte Arbeitsleistung, die Mittel schaffen können, um die für unsere Wirtschaft und unsere Ernährung unbedingt erforderliche Einfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu bestreiten. Welch riesige Summen hierfür erforderlich sind, wissen Sie ebensogut, wie ich selbst.

Wie lange das Ausland noch unsere **Papiermark** in Zahlung nehmen wird, weiß keiner. Tatsächlich bezahlen können wir dann nur durch **Lieferung von Waren;** um aber die Waren zu schaffen, müssen wir mehr produzieren, und das wieder setzt voraus, daß wir mehr arbeiten als bisher. Nebenher muß m. E. die Ausfuhr nach jeder Richtung hin vonseiten der Regierung erleichtert und gefördert werden, anstatt sie durch hohe Abgaben zu behindern und schließlich unmöglich zu machen. Eingeleitet muß das Erforderliche von den Regierung werden; denn nur sie hat hierzu die Mittel in der Hand."

Politische Neuigkeiten.

Die Besprechungen in Berlin.

Die Beratungen innerhalb der Reichsregierung und die Besprechungen der Regierung mit den Parteien und mit Sachverständigen über die **Währungsfrage** sind weitergeführt worden. Zunächst haben die **sozialdemokratischen Fraktionsvertreter** dem Kanzler die in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gutgeheißenen Vorschläge auf dem Gebiete der Währungs- und Ernährungspolitik überreicht. Es ist bemerkenswert, daß der **„Vorwärts"** die Mitteilung über diese Konferenzen mit der Feststellung kommentiert, daß es der Sozialdemokratie nicht darauf ankomme, die Regierung Wirth, die sie so lange unterstützt habe, zu stürzen. Nichts liege ihr ferner als die Absicht, aus Übermut, Verantwortungsscheu oder Lust an Veränderungen Krisen heraufbeschwören zu wollen. Aber der verschlechterte Zustand unserer Wirtschaft, die Not unseres Volkes und die sich daraus ergebenden inneren und äußeren Gefahren zwängen zur Aufstellung eines positiven Programms, das nach ihrer Überzeugung geeignet sei, diese Gefahren zu beseitigen oder zu mildern. Im Kampf um dieses Programm könnten Veränderungen der Regierungsverhältnisse unvermeidlich werden. Das wisse die Sozialdemokratie, aber sie **könne darum auf ihre Forderungen nicht verzichten;** ihre ganze Einstellung sei keine parteitaktische, sondern eine sachliche.

Im Reichstag hat eine Sitzung der Vertreter der **Arbeitsgemeinschaft der Mitte** stattgefunden, in der die Lage erörtert wurde, ohne daß man Beschlüsse faßte. In der vorgestrigen Sitzung der **Zentrumsfraktion** soll der Reichskanzler eine Art von politischem Programm für den Winter entworfen haben, dem die Fraktion zugestimmt haben soll.

Im Laufe des Nachmittags empfing der **Kanzler,** wie schon mitgeteilt, **Vertreter der Bankwelt,** in der Hauptsache wohl Mitglieder der Geschäftsleitungen der D-Banken, die sich gutachtlich über die Frage der Währungsstabilisierung und auch über die Devisenverordnung äußerten. In der letzteren Frage ist ihr Standpunkt aus anderen Veröffentlichungen bereits bekannt geworden. Die bevorstehende Ankunft der Reparationskommission war der Anlaß für eine Besprechung der zuständigen Staatssekretäre, die ebenfalls am Nachmittag stattfand.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Bei der Aussprache der Parteiführer mit Dr. **Wirth** wies der Kanzler auf die Bedeutung der bevorstehenden Ankunft der Mitglieder der **Reparationskommission** und der ausländischen **Finanzsachverständigen** hin. Dieses **hochpolitische Ereignis** habe ihn abgehalten, im Reichstag eine Erklärung namens der Regierung abzugeben. Dr. Wirth bat deshalb die Parteiführer, ebenfalls auf die Lage **Rücksicht** zu nehmen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete **Müller-Franken** vertrat die von seiner Fraktion aufgestellten **Forderungen** bezüglich der Währungs- und Ernährungspolitik. Wenn jetzt von der Regierung nichts Durchgreifendes angeordnet würde, werde die sozialdemokratische Fraktion in der nächsten Woche nochmals zusammentreten, um **endgültig** über ihre Haltung zu beraten.

Reichswirtschaftsminister **Schmidt** erörterte die Vorschläge, die er zur Verbesserung der erlassenen **Devisenordnung** beabsichtige und in der Hauptsache auf eine **Stützungsaktion der Mark** durch Heranziehung des Goldes der Reichsbank hinauslaufe. Nach Ausführung des Abgeordneten Dr. Stresemann, der von der Regierung Auskunft über den Stand der Reparationsfrage und die Stellung der Reichsregierung verlangte, gab der **Reichskanzler** eine ausführliche Darlegung der **internationalen politischen Lage** und machte dabei **vertrauliche Mitteilungen** über die Tätigkeit der Regierung in den letzten Wochen und Monaten.

Die Regierung habe das Reparationsproblem niemals passiv, sondern immer aktiv behandelt. Über seine **innerpolitische Stellung** erklärte der Kanzler, daß er weder Kanzler der Arbeitsgemeinschaft noch der der Sozialdemokratie sei. Die Regierung bestehe aus **drei Koalitionsparteien,** sie seien die Brücke, auf der er sein Amt als Kanzler führe.

Nach eingehender Aussprache wurden schließlich auf Vorschlag des Reichskanzlers **zwei Komitees** gebildet, das eine zur speziellen Behandlung der vom Reichswirtschaftsministerium gemachten Ausführungsbestimmungen zur **Devisenordnung,** das andere zur Beratung der von **Hilferding** und den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft angeregten allgemeinen wirtschaftlichen Fragen.

Das erste Komitee zur Beratung der Ausführungsbestimmungen zur Devisenordnung trat **sofort** unter Vorsitz des **Reichskanzlers** zusammen. Nach längerer Aussprache wurde auf der Grundlage der Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums eine **Übereinstimmung** erzielt. Die Ausführungsbestimmungen zur Devisenordnung werden daher **sofort veröffentlicht** werden.

Damit ist in einer der Hauptfragen eine **Klärung der politischen Lage** erfolgt. Die Aussprache über die weiteren Punkte wird sich in unmittelbarer Reihenfolge anschließen, sodaß zu hoffen steht, daß über die gesamten Fragen eine **gemeinsame Grundlage** für die Politik der Reichsregierung gefunden wird.

Die neuen Ausführungsbestimmungen der Devisenordnung.

Die Abänderung der Devisenordnung beschränken sich, wie eine Korrespondeenz hört, auf die Vorschläge, die das Reichswirtschaftsministerium selbst gemacht hat und gehen nur inbezug auf die Ausführung der bereits vor Erlaß der Devisenordnung abgeschlossenen Devisenlieferungsverträge darüber hinaus.

Im allgemeinen kann man sagen, daß man mit Rücksicht auf das Eintreffen der **Reparationskommission** in Berlin gegenwärtig allerseits davon **abgesehen** hat, die **Streitfragen** auf die Spitze zu treiben, aber die Streitfragen bestehen fort und es ist nicht anzunehmen, daß die **Sozialdemokratie** sich auf die Dauer mit einer dilatorischen Behandlung ihrer Forderung zufrieden geben wird.

Die Oktobergehälter der Beamten.

Der Reichstag hat am Montag die neue Beamten-Besoldungsordnung in dritter Lesung angenommen. Wir bringen im folgenden nach Zusammenstellung des Grundgehaltes, Ortszuschlages und Teuerungszuschlages den neuen **Oktobergehalt** für einen unverheirateten Beamten der **Ortsklasse A:**

	Anfangsgehalt	Endgehalt	
Gruppe I	12 463 M	16 892 M	bis 17. Okt.
	13 431 „	18 204 „	nach 17. „
„ II	14 008 „	18 849 „	bis 17. „
	15 096 „	20 313 „	nach 17. „
„ III	15 759 „	20 394 „	bis 17. „
	16 985 „	21 978 „	nach 17. „
„ IV	16 892 „	22 454 „	bis 17. „
	18 144 „	24 198 „	nach 17. „
„ V	18 849 „	24 205 „	bis 17. „
	20 313 „	26 085 „	nach 17. „
„ VI	20 806 „	26 059 „	bis 17. „
	22 422 „	28 083 „	nach 17. „
„ VII	22 763 „	29 252 „	bis 17. „
	24 531 „	31 524 „	nach 17. „
„ VIII	25 132 „	32 239 „	bis 17. „
	27 084 „	34 743 „	nach 17. „
„ IX	27 707 „	35 535 „	bis 17. „
	29 859 „	38 295 „	nach 17. „
„ X	30 694 „	41 200 „	bis 17. „
	33 078 „	44 400 „	nach 17. „
„ XI	33 887 „	46 968 „	bis 17. „
	36 519 „	50 616 „	nach 17. „
„ XII	39 655 „	55 105 „	bis 17. „
	42 735 „	59 385 „	nach 17. „
„ XIII	49 440 „	70 040 „	bis 17. „
	53 280 „	75 480 „	nach 17. „

Für verheiratete Beamte tritt zu diesen Sätzen noch die für alle Besoldungsstufen gleiche Frauenbeihilfe von monatlich 1000 M. hinzu. Weiter erhält derjenige Beamte, der versorgungspflichtige Kinder hat, eine monatliche Kinderbeihilfe, je nach dem Alter des Kindes — und zwar für ein Kind bis zu sechs Jahren 2000 M., für ein Kind zwischen sechs und vierzehn Jahren 2500 M., für ein Kind von vierzehn bis einundzwanzig Jahren 3000 M. Außerdem ist auf die Kinderbeihilfen bis 17. Oktober ein Teuerungszuschlag von drei Prozent, nach dem 17. Oktober ein Teuerungszuschlag von elf Prozent, wie bei den Grundgehältern und Ortszuschlägen hinzuzurechnen.

Beispiele: Ein verheirateter Beamter mit drei Kindern im Alter von 16, 13 und 3 Jahren, der das Endgehalt seiner Besoldungsgruppe bezieht, erhält demnach:

In Gruppe VII: Bis 17. Oktober: 29 252 + 1000 + 3090 + 2575 + 2060 = 37 977 M. Nach dem 17. Oktober: 31 524 + 1000 + 3330 + 2775 + 2220 = 40 849 M.

In Gruppe X: Bis 17. Oktober: 41 200 + 1000 + 3090 + 2575 + 2060 = 49 925 M. Nach dem 17. Oktober: 44 400 + 1000 + 3300 + 2775 + 2220 = 53 695 M.

In Gruppe XII: Bis 17. Oktober: 55 105 + 1000 + 3090 + 2575 + 2060 = 63 830 M. Nach dem 17. Oktober: 59 385 + 1000 + 3330 + 2775 + 2220 = 68 710 M.

In Gruppe XIII: Bis 17. Oktober: 70 040 + 1000 + 3090 + 2575 + 2060 = 78 765 M. Nach dem 17. Oktober: 75 480 + 1000 + 3330 + 2775 + 2220 = 84 805 M.

Erneute Teuerungsaktion der Beamten und Staatsarbeiter.

Die **Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter** haben, mit Ausnahme der christlichen Verbände, sogleich nach Verabschiedung der neuen Besoldungsordnung eine **erneute Teuerungsaktion** eingeleitet. Die Vertreter der Spitzenorganisationen begaben sich zum Reichskanzler, der sie jedoch nicht empfangen konnte. Sie trugen dann ihre Wünsche dem Ministerialdirektor **von Schlieben** vor. Das Reichsfinanzministerium **lehnte** jedoch für den Augenblick mit Rücksicht auf die kommenden Besprechungen mit der Reparationskommission Verhandlungen ab. Die Spitzenorganisationen beschlossen daraufhin, sich nochmals an den **Reichskanzler** zu wenden und ihn zum Eingreifen zu veranlassen.

Durch die vom **Reichstag** am 23. und 24. d. Mts. verabschiedeten Gesetze zur Änderung der Verordnung über **Lohnpfändung** und zur Änderung der Vorschriften über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen ist sowohl beim Lohneinkommen wie bei den Beamtengehältern die absolute Pfändungsgrenze von 120 000 M. auf 120 000 M. erhöht. Beim Lohneinkommen sind von dem überschießenden Betrag, wie bisher, ein Drittel und bei Vorhandensein unterhaltsberechtigter Angehöriger für jeden ein Sechstel bis höchstens zwei Drittel der **Pfändung entzogen.**

Die für die **hohen** Lohneinkommen geltenden Einschränkungen, daß ihm von dem eine bestimmte Grenze übersteigenden Teil seines Einkommens ein Drittel verbleibt, soll fortan erst Platz greifen, wenn der Lohn die Summe von 350 000 M. (bisher 50 000 M.) pro Jahr übersteigt. Bei den **Beamtengehältern** bleiben von dem die absolute Pfändungsgrenze übersteigenden Betrag nach wie vor **zwei Drittel pfandfrei.** Pfandfrei sind auch weiterhin die **Kinderbeihilfen** und die zu ihnen gewährten Teuerungszuschläge, die Dienstaufwandentschädigungen und die Frauenzulage. Das Gesetz tritt eine Woche nach der unmittelbar bevorstehenden **Verkündigung in Kraft** und hat bezüglich **der auf die Zeit seit dem 1. Oktober** entfallenden Bezüge **rückwirkende Kraft.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Fall Stubenrauch im preußischen Landtag.

Eine **sozialdemokratische** Interpellation frägt im preußischen Landtag über den **Fall Stubenrauch** an, wie es komme, daß der Primaner Stubenrauch noch heute auf dem **Steglitzer Gymnasium** sei und warum nicht gegen Stubenrauch im Wege der **Schulzucht eingeschritten** würde. Eine **deutschnationale** Interpellation knüpft an den Wortlaut der Äußerung des Beisitzers des Staatsgerichtshofes **Fehrenbach** an, der im Zusammenhang mit den Aussagen Stubenrauchs erklärte, daß in solchen Erziehungsanstalten Zustände herrschten, die geradezu **gemeingefährlich** für das deutsche Volk seien. Die Deutschnationalen fragen an, was das Staatsministerium tun wolle, um dieser haltlosen Beschuldigung wirksam zu begegnen.

Kultusminister Dr. **Boelitz** gab zu, daß in der Behandlung der Angelegenheit Fehler gemacht worden seien. Das **Provinzialschulkollegium** habe den Fehler begangen, daß es nicht das Erforderliche veranlaßt habe. Gegen das Provinzialschulkollegium und gegen den Direktor werde mit Nachdruck **eingeschritten**. Der Mitteilung des Abg. Fehrenbach, daß Stubenrauch auch in Schülerkreisen von seinem **Mordplane** gesprochen habe, werde nachgegangen. **Das Lehrerkollegium des Steglitzer Gymnasiums** habe zu dem Fall Stubenrauch Steellung genommen und sich gestern gegen die Verweisung Stubenrauchs von der Anstalt, aber **für seine stille Entfernung ausgesprochen.** Der Kultusminister hat dem Oberpräsidenten sofort mitgeteilt, daß die Ausführung dieses Beschlusses nicht in Frage komme. Der Kultusminister erklärte, daß er mit aller Strenge vorgehen werde.

Das Provinzialschulkollegium habe die Pflicht, darüber zu wachen, daß in **Jugendvereinen nichts gegen den Staat** unternommen werde. Man dürfe für die furchtbaren Erscheinungen die der Rathenau-Prozeß aufgedeckt habe, nicht allein die höheren Schulen verantwortlich machen. Techow und Stubenrauch seien in einem Milieu aufgewachsen, das einen Nährboden für hoffnungslose **Staatsverneinung** bilde. Seitdem sich im Frühjahre 1920 die **Schülervereine zu Jugendvereinen** ausgebaut hätten, hätten sie sich über die Grenzen der Schülervereine hinaus entwickelt, und die Schulen hätten infolgedessen den Einfluß auf die Vereine verloren und könnten **nicht mehr verantwortlich** gemacht werden. Der Minister schloß mit der Mahnung, sich nicht mit Kleinigkeiten abzugeben. Es gehe um den Bestand des Staates und gegen Zerstörer des Staates von rechts und links werde er sich mit dem ganzen Ministrrium wenden.

Das Haus beschloß die **Besprechung** der Interpellationen. — Als erster Redner sprach Abg. **Wildermann** (Zentr.). Er wies die Angriffe des Abg. Oelze gegen Fehrenbach zurück. **Den Lehrern müsse klargemacht werden, daß sie die Schüler zur Achtung vor dem Staat und vor der Obrigkeit zu erziehen hätten.** — Abg. Dr. **Steffen** (D. Vpt.) nahm die höheren Lehranstalten gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie die Schuld an der Verhetzung der Jugend träfe. Er billigte die entschlossene Haltung des Ministers. — Der Kommunist **Scholem** bezeichnete das heutige Gymnasium als eine Brutstätte der Mörderorganisationen, was ihm den lebhaften Protest des ganzen Hauses eintrug. — Für die Demokraten sprach Abg. **Dr. Hartmann**, der selbst als Beisitzer im Staatsgerichtshof war. Er gab ein außerordentlich anschauliches Bild von der Persönlichkeit **Stubenrauchs** und dessen Auftreten vor dem Staatsgerichtshof. Er verlangte, daß der Minister verschiedenen Jugendverbänden größte Aufmerksamkeit schenke. — Nachdem noch der Abg. **Hauschild** (Soz.) eine bessere Pflege des Unterrichts in Bürgerkunde in den Schulen gefordert und der deutschnationale Abg. **Pflug** sich nachdrücklich gegen jeden Zusammenhang seiner Partei mit den Mörderorganisationen verwahrt hatte, vertagte sich das Haus auf den 21. November.

Lloyd George über die Reparationsfrage.

Lloyd George legte in einer Rede die Politik seiner Anhänger dar. Die englische Politik müsse **friedliebend, jedoch** nicht furchtsam sein. Man müsse eine **Politik des Friedens** unterstützen. Dies sei der einzige Weg zum Wiederaufbau der Welt. Man müsse für die überkommene Politik Englands einstehen, Mäßigung in der Behandlung zwischenstaatlicher Fragen üben und nach Kräften mit den Verbündeten zusammenwirken. England dürfe sich nicht an den Wagen irgend eines Landes binden lassen.

Über die **Reparationsfrage** sagte Lloyd George, man solle **nicht versuchen, Deutschland eine Zahlung aufzuerlegen, die seine Leistungsfähigkeit übersteige.** Was jedoch innerhalb seiner Leistungsfähigkeit liege, müsse Deutschland bezahlen. Wenn man, um die Zahlungen innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu halten, die **Forderungen ermäßigen** würde, so wolle er dazu erklären, daß er vollkommen dafür sei, aber es dürfe nicht ausschließlich auf Kosten Großbritanniens gehen. Er sei für fair play, auch für die Engländer. Sie seien schwer besteuert und hätten riesige Opfer im Kriege gebracht. Solange nicht **alle Nationen** Europas und die Vereinigten Staaten im **Völkerbunde** seien, könne dieser nicht seinem vollen Zweck dienen und werde nicht die nötige Autorität und Macht haben.

Kabinettskrise in Italien.

Die **schleichende Krise** ist akut geworden, indem **sämtliche Minister ihre Portefeuilles zur Verfügung Factas stellten,** der wahrscheinlich versuchen wird, das Kabinett umzubilden und sich damit der Kammer vorzustellen. Das Steigen des Sterlings und die Dringlichkeit des Finanzproblems, worauf **Nitti** und **Giolitti** den Schatzminister Paratore einstimmig nachdrücklichst hingewiesen, hat mehr als die fascistischen Drohungen den Ausbruch der Krise beschleunigt.

Voraussichtlich wird die Einberufung der Kammer zwecks Lösung des **Finanzproblems** erfolgen und darauf werden **die Neuwahlen** ausgeschrieben, die nach dem augenblicklichen Stande Giolitti machen dürfte.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Auflösung des englischen Parlaments.** Der König hat den Erlaß unterzeichnet, durch den das Parlament aufgelöst wird.

* **Die Lohnerhöhung der Bergarbeiter.** Im Reichsarbeitsministerium begannen die Schiedsgerichtsverhandlungen über die letzten Forderungen der Bergarbeiter auf Bewilligung eines **100prozentigen Zuschlages** vom 16. Oktober auf die jetzt gültigen Löhne. Die Verhandlungen dürften sich diesmal schwieriger als früher gestalten. Nicht nur in den Kreisen der Arbeitgeber herrscht die Ansicht vor, daß derartige Forderungen nicht bewilligt werden können, ohne eine neue **gefährliche Belastung der gesamten Wirtschaftslage** zu erzeugen. Heute wird der **Reichskohlenrat** zusammentreten, um auf Grund des am Donnerstag zu erwartenden Schiedsspruches über die notwendig werdenden **Erhöhungen der Kohlenpreise** zu beraten.

* **Die riesige Steigerung der Kohlenpreise.** In einer Aufstellung der neuerlichen ungeheuren Preissteigerungen macht das „B. T." die Mitteilung, daß in absehbarer Zeit der **Kohlenpreis** auf das Doppelte bis Dreifache der heutigen Preise steigen wird.

DZ. **Krise in der deutschen Flachsindustrie.** Die deutsche Flachsindustrie befindet sich in einer schwierigen Krise, die nicht zuletzt durch den gegenwärtigen Tiefstand unserer Mark hervorgerufen wurde. In fast allen Werken mußten **Feierschichten** eingelegt werden, da der Auftragsbestand außerordentlich gering ist und namentlich die **Auslandseingänge** fast sämtlich **aufgehört haben.**

* **Kongreß der Auslandsdeutschen.** Vom 3. bis 8. November findet in Berlin der ursprünglich schon für Oktober geplante **„Kongreß der Verdrängten"** statt, der u. a. vom Bund der **Auslandsdeutschen,** Hilfsbund für die **Elsaß-Lothringer** usw. einberufen worden ist. Es handelt sich darum, die Öffentlichkeit über die **furchtbare Notlage der Verdrängten** aufzuklären

* **Bei Päckchen (1 Kilogramm) nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet** darf auf der Aufschriftseite die genaue Angabe des Inhalts nicht fehlen. Diese Inhaltsangabe vertritt die Stelle der Zollinhaltserklärung und dient im Bestimmungsland als Unterlage für die Verzollung.

Badische Übersicht.

Mangelhafte Kartoffelzufuhr an die Städte

Aus dem **Ministerium des Innern** wird uns geschrieben:

Obwohl nachweisbar die Kartoffelernte in diesem Jahre als eine gute bezeichnet werden kann, ist die **Zufuhr von Kartoffeln in die Städte absolut unzulänglich.** Die Anzeichen dafür, daß wieder einmal ein bestimmter Teil der Landwirtschaft seine Kartoffelernte über ein erträgliches Maß hinaus überwintern will in der Absicht, im nächsten Frühjahr dadurch zu höheren Einnahmen zu kommen, häufen sich auffallend stark. Infolgedessen werden auch wieder Teile des Händlerstandes unruhig und überbieten die Preise recht ungehörig. Maßgebende Vertreter der **Landwirtschaft** werden dadurch in die Lage versetzt, wieder einmal den **Vorwurf** zu erheben, nicht der Landwirt, sondern der **Händler** treibe die Kartoffelpreise in die Höhe, während umgekehrt die Händler in den Städten mit der Argumentation operieren, daß die Landwirtschaft tatsächlich bestrebt sei, den **Kartoffelpreis** über **das** erträgliche Maß hinaus zu **steigern.** Das alte, so oft schon erlebte Spiel wiederholt sich also aufs Neue!

Die infolge des ungeheuren Marksturzes und die sich aus ihm heraus vollziehende **Teuerungswelle** hat die Gemüter aller Bevölkerungsstände in eine durchaus verständliche sehr starke Wallung gebracht, wegen der die Mahnung gerechtfertigt ist, daß jeder Produzent und Warenvermittler das Seinige dazu beitragen möge, um ein Sichüberschlagen dieser allgemeinen Erregung zu verhüten. Das **Ministerium des Innern** hat rechtzeitig und wiederholt die verschiedensten Berufsstände auf den furchtbaren Ernst der Situation hingewiesen, die sich in der Auswirkung der wirtschaftlichen Nöte ganz zwangsläufig ergeben muß. Sollten diese **Ermahnungen** ungehört verhallen, wie das leider allerdings verschiedentlich beobachtet werden kann, dann müssen aber auch jene Kreise, welche durch ihr Verhalten die Komplikationsgefahren steigern, sich darüber klar sein, **daß alle Dinge einmal ihr Ende finden.** Das deutsche Volk hat sich bekanntlich im Weltkrieg in hartem Ringen **zu Tode gesiegt.** Verschiedene maßgebende Stände des deutschen Volkes sind auf dem besten Wege und in vollem Zuge dabei, sich **zu Tode zu verdienen.** Man mag hiergegen einwenden, daß die Schuld an diesen betrübenden Zuständen im wesentlichen auf die Reparationspolitik der Entente zurückzuführen sei. Man mag die Meinung vertreten, daß bei der Fortsetzung der Ententepolitik der völlige Ruin Deutschlands unausbleiblich sei; das alles entschuldigt nicht die betrübende Erscheinung, daß im inneren Leben der deutschen Nation ein Gefühl für die Zusammengehörigkeit und ein Gefühl für eine solidarische Unterstützung gegeneinander leider nicht mehr vorhanden ist. **Jeder will** in ungebundenster Freiheit **seine Profitinteressen wahren können. Das ist der Wurm, der am Mark des deutschen Volkes zehrt!** Planwirtschaft und Verkehrsregelung werden in Grund und Boden verdonnert, und daneben werden dann die verantwortlichen Reichsstellen mit dem schweren Vorwurf belastet, gegenüber der steigenden Not völlig untätig zu sein. Jedermann sucht seinen Nachbar als Verantwortlichen für das Elend zu bezeichnen. Dabei findet es der Eine für völlig in der Ordnung, mit seiner Kartoffelernte zu spekulieren und der Andere mit dem schönen Grundsatz von der Anwendung des Wiederbeschaffungspreises seine Gewinnrate ins Ungemessene zu steigern. Der Eine verfüttert die Kuhmilch an die Schweine, um dann die Staatsverwaltung wegen angeblicher Untätigkeit anzuklagen, wenn Tausende von Kindern aus Mangel an Milch zugrunde gehen. Der andere hingegen sucht sich die werktätige Arbeit so weit als möglich vom Leibe zu halten und in seiner Dienststelle wenig produktive Arbeit zu leisten. Es wird einmal eine furchtbare Ernüchterung geben!

Da ganz offensichtlich in diesem Winter Kartoffeln genug im Lande sind, um die Ernährung zum mindesten bis nächstes Frühjahr sicherzustellen, braucht die augenblickliche Stockung in der Zufuhr zu besonderer **Beunruhigung keine Veranlassung** zu sein. Wenn letzten Endes alle Ermahnungen, die Zufuhren zu steigern, nichts nützen, dann wird zwangsläufig die Erfassung der Kartoffelvorräte wieder heranwachsen, wie das während des Krieges und in der Nachkriegszeit auch öfters der Fall war. Dazu aber braucht es nicht zu kommen, weshalb hierdurch die **dringende Ermahnung an die Landwirtschaft** ergeht, die für den Absatz verfügbaren Kartoffelvorräte vor Eintritt der Winterkälte abzustoßen.

Zum Beleidigungsprozeß Mager-Pfeffer.

Mit Bezug auf die Veröffentlichung zum Beleidigungsprozeß **Mager-Pfeffer** ersucht **uns** die Strafkammer II **des** Badischen Landgerichts **Heidelberg** um Aufnahme folgender Berichtigung gemäß § 11 des Preßgesetzes:

„Das Urteil der Strafkammer vom 23. d. M. hat den Angeklagten Dr. **Pfeffer** nicht als Redakteur einer Zeitung, aber als **Einwohner** des von dem Privatkläger vertretenen Wahlkreises den Schutz des § 193 Str.G.B. zugebilligt und die den Privatkläger beleidigende Kritik seiner Handlungsweise in den Zeitungsartikeln des Heidelberger Tageblattes deshalb für nicht strafbar erklärt. Dr. Pfeffer hat aber außerdem einige für die Kritisierung der Tätigkeit des Privatklägers **nicht notwendige** und nach Ansicht der Strafkammer auch nicht dazu bestimmte **beleidigende Ausdrücke** gebraucht und wurde deshalb wegen öffentlich begangener **formaler Beleidigung** zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Hätte Dr. Pfeffer diese Ausdrücke weggelassen, so hätte seine **Freisprechung** erfolgen müssen."

Zentrumsparteitag des 4. badischen Wahlkreises.

Prälat Dr. **Schofer** sprach auf dem Zentrumsparteitag in **Bühl** über die **allgemeine Politik.** Der Redner führte, wie der „Bad. Beobachter" mitteilt, ungefähr folgendes aus:

Die Politik werde vom Ausgang des unglücklichen Krieges beherrscht. Der **Sturz der englischen Regierung** hat die Lage verschärft. Der Jubel Frankreichs zeige, daß die Dinge für uns nicht günstig stehen. Von entscheidender Bedeutung seien die in Aussicht stehenden Wahlen. Der Ruf der Zentralleitung der Partei nach **Sammlung** sei die einzig richtige patriotische Politik; wer dem entgegentrete, sei ein Feind des Vaterlandes und des deutschen Volkes. Man habe dem Reichskanzler von rechts her nachgesagt, er gebe zu sehr nach, man wünsche eine stärkere Politik gegenüber dem Ausland. Daß die **Außenpolitik** stark war zeigte der Rapallovertrag; durch diesen Vertrag hätten wir nach Osten hin in bestimmtem Umfang Luft und Freiheit bekommen. Der Reichskanzler habe sich mit Erfolg dem Verlangen der Feinde widersetzt, den Goldbestand für die Reparationen anzugreifen; das müsse ihm hoch angerechnet werden. An der Spitze unserer politischen Leitung stehe ein Mann, der sich auskenne, der über diplomatisches Geschick verfüge und sich in den Dienst des Vaterlandes gestellt habe. Der Reichskanzler sei ein Patriot vom Scheitel bis zur Zehe. Die teuflische Attentatspolitik ermögliche kein geordnetes Staatswesen. Auch der Altreichskanzler Fehrenbach und der Oberreichsanwalt haben Drohbriefe erhalten. Wir müssen diese **Mordpolitik bekämpfen,** aber auch die Pressepolemik gegen die führenden Männer. In Abwesenheit des Reichskanzlers wurde beschlossen, die Reichspräsidentenwahl am 3. Dezember vorzunehmen. Erfreulicherweise hätten sich nachher die bürgerlichen Parteien miteinander auf dem Boden der Verfassung zusammengefunden; auffallend dabei sei, daß die Deutsche Volkspartei vorangegangen war, daß die Wahl nicht stattfinde. Daß Deutschnationale und Kommunisten mit der Wahlverlegung nicht einverstanden waren, sei selbstverständlich. Den Deutschnationalen könne man nur gratulieren, daß sie sich mit den Kommunisten zusammengefunden haben. **Die einzige patriotische Politik** sei die, die aufruft, **zusammenzustehen,** um das, was drohe, womöglich abzuwenden. Zu dieser Einigung habe sich auch die **Sozialdemokratie** zusammengefunden; wir könnten nur wünschen, daß sie noch mehr in die Verantwortung hineingeführt werde. Wer guten Willens sei, in der Mitarbeit Ruhe und Ordnung zu bewahren, der sei willkommen, ob er von rechts oder links komme.

Daß die **Monarchie** gefallen ist, daran sei kein Zentrumsmann schuld. Baden könne stolz sein, daß am 5. Januar 1919 eine Staatsordnung erzielt wurde. Man glaubte, daß die Sozialdemokratie die weitaus stärkste Partei sein würde; daß sie auf die zweite Linie zurückgeworfen wurde, sei ein ewiger Ruhm der badischen Zentrumspartei. Das Mittelland habe redlich mitgeholfen, und ihm gebühre deshalb Dank.

Redner sprach dann noch über die **Getreideumlage** und bemerkte, daß Bauernbundsvertreter bei der Beratung im Reichstag sagten: Nur keine Reichstagsauflösung, denn dann kämen die Landwirte unter die Räder. Die Reichstagsauflösung hätte komme müssen, wenn das Gesetz nicht zustandegekommen wäre. Über die vom Reichsernährungsminister zugesagte Herabsetzung des Abgabesolls schweben Verhandlungen. Kämpfe von Stand zu Stand halte die Partei für ein nationales Unglück.

Über die materiellen Interessen hinaus haben wir noch wichtigere Dinge zu vertreten: **die Erziehung in der Schule und Familie.** In diesem Zusammenhang sprach der Parteichef auch über die **Neubesetzung des Unterrichtsministeriums.** Das Zentrum darf wohl erwarten, daß man auf der anderen Seite dafür auch ein Verständnis zeigt und in den Vorschlägen für die **Nachfolgerschaft** des Herrn Ministers Dr. **Hummel** auf die Stärke und Anschauungen des Zentrums die Rücksicht nimmt, die auch ihm ein Zusammenarbeiten auf der bisherigen Grundlage ermöglicht. Jedenfalls kann von uns erwartet werden, daß kein Mann, der mit der kulturkämpferischen Vergangenheit in einer näheren oder auch nur entfernteren Beziehung steht oder in einem Schulradikalismus seine Ideale sieht, dem Zentrum zugemutet wird; wer die Stimmen des Zentrums und die Zusammenarbeit mit uns will, der muß auch in seiner Person die Gewähr dafür bieten, daß er neben anderem auch noch **Sinn und Verständnis für die Kulturmission der Kirche,** für die seelischen Interessen des gläubigen Volkes und dessen Kultur hat und gewillt ist, eine dementsprechende Rücksicht in ihrer Politik zu nehmen. Sollte gegen alles Erwarten über all das hinweggegangen werden, was ich indessen nicht für wahrscheinlich halte, so müßte meines Erachtens die **Neubildung der Regierung** von uns ins Auge gefaßt werden; mindestens müßte ich diese unserer Fraktion vorschlagen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. **Heidelberg,** 27. Okt. Ein **Glückwunschtelegramm** richtete der hiesige Stadtrat **an den Reichspräsidenten** zu seiner vom Reichstag beschlossenen Verlängerung der Amtsdauer. Der Reichspräsident ist bekanntlich ein geborener Heidelberger.

Der ordentliche Professor der Mathematik an der Universität Heidelberg, Oskar **Perron,** hat den Ruf als Nachfolger von Geheimrat Alfr. **Pringsheim** an der Münchener Universität angenommen. Professor Perron ist 1880 in Frankenthal geboren. Er promovierte in München und habilitierte sich in Heidelberg im Jahre 1906.

DZ. **Plankstadt,** 27. Okt. **Vermißt** wird seit gestern früh das 3½ Jahre alte Söhnchen Oskar des Rosengartenwirtes Jakob **Wahl** in Plankstadt.

DZ. **Schwetzingen,** 27. Okt. Das Bezirksamt erläßt eine Bekanntmachung, daß öffentliche **Tanzbelustigungen** in diesem Jahre, also auch an der Kirchweihe, mit Rücksicht auf die Schwere der Zeit **nicht mehr zugelassen** werden.

DZ. **Karlsruhe,** 27. Okt. In der **Privatbeleidigungsklage** des Assistenten an der Badischen Kunsthalle, Dr. Hans **Curjel,** gegen den Chefredakteur Adam **Roeder** in Karlsruhe wurde der Angeklagte Roeder wegen **Beleidigung** zu einer Geldstrafe von **500 M.** und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Unter Anklage stand ein Artikel im Residenzanzeiger, in dem Roeder geschrieben hatte: "Dr. Hans Curjel und seine Sekretärin besorgen in kontraktlicher Verpflichtung die internationale Belobung ihres jugendlichen Chefs."

DZ. **Offenburg,** 27. Okt. **In einer Sitzung am 25. Oktober** hat der Bezirksrat gegen den **Bürgermeister Neff** vor

Bühl in einem neuen **Disziplinarverfahren** Stellung genommen und nach eingehender Beratung einstimmig die **Amtsenthebung** ausgesprochen.

DZ. **Lahr**, 27. Okt. Ein wiederholt ausgesprochener Wunsch nach Verbesserung der **Fernsprechmöglichkeiten** mit dem **Unterland** ist in Erfüllung gegangen und zwar ist eine weitere Leitung **Lahr—Karlsruhe** in Betrieb genommen worden. Die Verlängerung dieser Leitung nach Mannheim, die bereits vorgesehen ist, wird dem Reichspostministerium erneut als dringlich vorgeschlagen werden.

DZ. **St. Georgen**, 27. Okt. Wegen Nichtablieferung von **Milch** sind in hiesiger Gegend in letzter Zeit zahlreiche Strafbefehle in Höhe von 2000 M. bis 6000 M. ergangen.

DZ. **Vom Bodensee**, 27. Okt. Die Hauptversammlung des **Bodenseegeschichtsvereins** kann in diesem Jahre wegen widriger Umstände nicht stattfinden und muß auf den Mai 1927 verschoben werden. Der Bodenseegeschichtsverein zählt rund 1500 Mitglieder, wobei Württemberg mit 469, Baden 297, Bayern 273, Hohenzollern 119, Österreich-Ungarn 192, Schweiz 108 und das übrige Deutschland mit 41 Mitgliedern vertreten. Zur Unterhaltung des wertvollen **Museums des Vereins in Friedrichshafen** hat die Stadtgemeinde Friedrichshafen dem Verein 3000 M. Unterstützungsbeitrag überwiesen und ihm außerdem die Museumsmiete erlassen, so daß der **Weiterbestand** des Museums als **gesichert** gelten kann. In den Vereinsvorstand wurde Professor Theodor Schnell-Ravensburg, an Stelle des verstorbenen Oberbürgermeisters Reichle-Ravensburg berufen.

Aus der Landeshauptstadt.

* **Öffentliche Versammlung in der Festhalle.** Gestern nachmittag fand in der Festhalle eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete W. **Dittmann** über die politische und wirtschaftliche Lage in längeren Ausführungen referierte. An der Diskussion beteiligten sich zwei Mitglieder der K.A.P.D. und ein Mitglied der K.P.D.

Badisches Landestheater.

Samstag, 28. Okt. 6½ b. g. 10 Uhr. 130 Mk.
Abonnement B 6.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3701—4000

Julius Caesar.

Spielplan vom 29. Oktober bis 7. November.

Im Landestheater. So. 29. nachm 2. Volksbühne. J 1. **Martha.** (220.00.) Abends 6½. **Cavalleria rusticana. Der Bajazzo.** (300.00.) — Mo. 30. Volksbühne L 1. **Wilhelm Tell.** 6½. (130.00.) — Die. 31.* Abonn. G 6. **Hoffmanns Erzählungen.** 6½. (220.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1001—1200. — Mi. 1.* Abonn. C 7. Neu einstudiert. **Der arme Heinrich.** Musikdrama. 6½. (300.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1801—2100, 2301 bis 2500. — Do. 2.* Abonn. F 6. **Hamlet.** 6½. (150.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4001—4300. — Fr. 3. Volksbühne. J 2. **Hänsel und Gretel** 7. (250.00.) — Sa. 4.* Abonn. E 6. **Simson.** 6½. (150.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2501—2900. — So. 5. vorm. 11¼. **Morgenfeier.** In der Wandelhalle des I. Ranges. Vortrag von Prof. Dr. von Grolmann über Grabbe als Einleitung zur Erstaufführung von Don Juan und Faust von Grabbe am 9. 11. im Landestheater (25 Mk., Mitglieder des Theaterkulturverbandes und der Gesellschaft für deutsche Bildung erhalten gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte Eintrittskarten zum ermäßigten Preis von 15 Mk. an der Theaterkasse); abends 6½. **Othello.** Oper (350.00.) — Mo. 6. **I. Sinfonie-Konzert.** Solistin: Frl. Elisabeth Moritz. 7½. (80.00). — Die. 7. Volksbühne. J 3. **Martha.** (250.00.)

Im Konzerthaus. So. 29.* **Der keusche Lebemann.** 7. (130.00.) — Fr. 3. Volksbühne. H 5. **Der Revisor.** 7. — So. 5. nachm. 2. Volksbühne. H 6. **Der Revisor,** abends 7*. **Der keusche Lebemann.** (150.00)

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde **jeweils am Vortag der Aufführung** in der Geschäftsstelle (10—½1, 4—6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 28., nachm. ½4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 30. an.

Die Wahl der Bezirksräte betr.

Die endgültig festgestellten Wahlvorschlagslisten für die Wahl der Bezirksräte werden hiermit öffentlich bekannt gegeben. O.525

A. Deutsche Demokratische Partei.

1. Blum, Ernst, Schlossermeister, Karlsruhe,
2. [illegible] Ludwig, Güteraufseher und Gemeinderat, Graben,
3. Stober, Wilhelm jr., Architekt, Karlsruhe,
4. Sitzler, Heinrich jr., Hotelbesitzer, Karlsruhe,
5. Baumann, Friedrich, Bürgermeister, Teutschneureut,
6. Rausch, Heinrich, Zimmermeister, Karlsruhe,
7. Steuerwald, Heinrich, Hauptlehrer, Karlsruhe-Daxlanden,
8. Siegel, August, Bauobersekretär, Knielingen,
9. Aschenbrenner, Christian, Prokurist, Karlsruhe,
10. Köhl, Bruno, Werkmeister, Karlsruhe-Grünwinkel.

B. Zentrumspartei.

1. Dewerth, Rudolf, Kaufmann u. Altstadtrat, Karlsruhe, Kaiserstr. 97,
2. Knopf, Anton, Gasthofbesitzer, Karlsruhe, Zähringerstr. 60,
3. Melcher, Leopold, Schlosser, Forchheim,
4. Braun IV., Heinrich, Landwirt, Karlsruhe-Beiertheim, Breitestr. 91,
5. Müller, Friedrich Gregor, Fabrikdirektor, Karlsruhe, Luisenstr. 30,
6. Lutz, Ziriak, Kaufmann und Gemeinderat, Bulach,
7. Förschner, Karl, Oberdrucker, Karlsruhe-Rüppurr, Heckenweg 17,
8. Schuster, Johannes, Maurermeister, Karlsruhe-Grünwinkel, Sinnerstr. 7,
9. Kappes, Anton, Gewerbekontrolleur, Karlsruhe, Tullastr. 84,
10. Kühn, Adolf, Verwaltungsoberinspektor u. Stadtrat, Karlsruhe, Roonstr. 13,
11. Philipp, Klara, Ehefrau, Karlsruhe, Hoffstr. 1,
12. Trötschler, Ludwig, Stadtbauoberinspektor, Karlsruhe, Sofienstr. 157,
13. Sonner, Franz Josef, Direktor, Karlsruhe, Adlerstraße 2,
14. Stockert, Franz, Gewerkschaftssekretär, Karlsruhe, Hirschstr. 116,.
15. Bowinkel, Heinrich, Eisenbahnoberinspektor, Karlsruhe-Rüppurr, Im Grün 30a.

C. Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

1. Erb, Gustav, Arbeitersekretär, Karlsruhe,
2. Meinzer, August, Rangierer, Knielingen,
3. Rastätter, Josef, Berufsberater, Bulach,
4. Krebs, Ernst, Sattler, Karlsruhe,
5. Linder, Ludwig, Maler, Hagsfeld,
6. Seitz, August, Drucker, Blankenloch,
7. Munk, Gustav, Maurer, Graben,
8. Schnürer, Ludwig, Maurer, Eggenstein,
9. Burkhart II., Emil, Maschinist, Forchheim,
10. Durand, Max, Zimmermann, Welschneureut,
11. Heyl, Albert, Blechnermeister, Liedolsheim,
12. Brecht, Albert, Schleifer, Spöck,
13. Dürr, Friedrich, Gipser und Gemeinderat, Linkenheim,
14. Schölch, Heinrich, Diätar, Teutschneureut.

D. Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden) und **Bad. Landbund.**

1. Kammerer, Albert, Kaufmann, Graben,
2. Spath, Karl, Tapeziermeister, Karlsruhe,
3. Drefahl, Karl, Geschäftsführer, Karlsruhe,
4. Schäfer, Leopold, Landwirt, Karlsruhe-Rüppurr,
5. Haumesser, Albert, Hotelbesitzer, Karlsruhe,
6. Ermel, K[illegible]l, Techniker, Knielingen,
7. Heinze, Cornelie, Oberamtmanns-Witwe, Karlsruhe,
8. Hofheinz, Bürgermeister, Spöck,
9. Dr. v. Voß, Wilhelm, Spezialarzt, Karlsruhe,
10. Zwecker, Julius, Landwirt, Linkenheim,
11. Weiß, Wilhelm, Blechnermeister, Karlsruhe,
12. Linder Wilhelm, Schreiner, Teutschneureut,
13. Geiß, Emil Alb., Bäckermeister, Liedolsheim,
14. Pfeifer, Bernhard, Maurermeister, Karlsruhe-Mühlburg,
15. Hager Adolf, Landwirt, Staffort.

E. Deutsche Volkspartei.

1. Pfeifer, Arthur, Architekt, Karlsruhe, Schumannstraße 9,
2. Borell, Wilhelm Albert, Bürgermeister, Friedrichstal,
3. Rimmelin, Fritz, Restaurateur, Karlsruhe, Kaiserstraße 73,
4. Nagel, Jakob, Wirt und Gemeinderat, Teuschneureut,
5. Bernhard, Gebh. August, Juwelier, Karlsruhe-Beiertheim, Maria Alexandrastr. 27,
6. Schlimm, Rudolf, Gemeinderechner, Büchig,
7. Hammer, Gustav, jung, Kaufmann, Karlsruhe, Friedenstr. 6,
8. Abel, Ludwig, Tierarzt, Graben.

F. Kommunale Wirtschaftliche Vereinigung.

1. Willet, Robert, Architekt, Karlsruhe, Adlerstr. 22,
2. Kolb, Jakob Fr., Kaufmann, Karlsruhe, Lachnerstr. 19,
3. Feger Friedrich, Gärtnereibes., Karlsruhe, Karlstraße 70,
4. Joos, Artur, Schlossermeister, Karlsruhe, Luisenstraße 39,
5. Schnarrenberger, Franz, Postinspektor, Karlsruhe, Graf Rhenastr. 18,
6. Dr. Rathmann, Hans, Kaufmann, Karlsruhe, Scheffelstr. 30,
7. Hund, Albert, Kaufmann, Karlsruhe, Kriegsstraße 228,
8. Fritz, Josef, Kaufmann, Karlsruhe, Kriegsstr. 17,
9. Hassinger, Leopold, Milchhändler, Karlsruhe, Hirschstr. 35,
10. Schwarz, Jakob, Eisenbahnoberinspektor, Karlsruhe, Karl-Wilhelmstr. 22,
11. Schädler, Anton, Kaufmann, Karlsruhe, Kaiserallee 49,
12. Kölble, Gustav, Buchdruckereibesitzer, Karlsruhe, Akademiestr. 15,
13. Epple, Karl, Möbelhandlung, Karlsruhe, Steinstraße 9,
14. Mannherz, Johann, Fuhrhalter, Karlsruhe, Nebeniusstr. 50.

G. Kommunistische Partei.

1. Mozer, Eugen, Schlosser, Karlsruhe, Frühlingstr. 2,
2. Schätzle, Fridolin, Taglöhner, Bulach,
3. [illegible] Wilhelm, Schlosser, Knielingen,
4. Seifert, Gustav, Dreher, Hagsfeld, Wilhelmstr. 7,
5. König, Wilhelm, Fräser, Karlsruhe, Kaiserallee 76,
6. Hauer, Wilhelm, Schlosser, Knielingen,
7. Essig, Alfred, Schlosser, Bulach, Neue Anlagestr. 92,
8. Linder, Wilhelm, Fabrikarbeiter, Hagsfeld, Wilhelmstr. 1,
9. Bährle, Karl, Schlosser, Karlsruhe, Lohfeldstr. 6,
10. Richter, Fritz, Hilfsarbeiter, Bulach, Grünwinklerstraße 6,
11. Weber, Hermann, Fabrikarbeiter, Hagsfeld, Schulstraße 67,
12. Bechtle, Wilhelm, Schlosser, Karlsruhe, Schillerstraße 12,
13. Knobloch, Leopold, Schlosser, Beiertheim, Breitestraße 69,
14. Kron, Karl, Maschinenformer, Rüppurr, Löwenstraße 19.

Karlsruhe, den 25. Oktober 1922. O.-Z. 146
Der Wahlkommissär.

Die Wahl der Kreisabgeordneten betr.

Die endgültig festgestellten Wahlvorschlagslisten für die Wahl der Kreisabgeordneten werden hiermit öffentlich bekannt gegeben: O.526

A. Deutsche Demokratische Partei.

1. Frey, Wilhelm, Rechtsanwalt, Karlsruhe,
2. Stritt, Karl, Oberlandesgerichtsrat, Karlsruhe,
3. Krauß, Ludwig, Ratschreiber, Graben,
4. Dörr, Jakob, Bürgermeister, Knielingen,
5. Siegrist, Karl, Oberbürgermeister a. D., Karlsruhe,
6. Krausmann, Käthe, Kreisfürsorgerin, Karlsruhe,
7. Nagel, Heinrich, Bürgermeister, Forchheim,
8. Hach, Johannes, Schneidermeister, Karlsruhe,
9. Althaus, Otto, Gastwirt, Spöck,
10. Demarez, Karl Friedrich, Gastwirt und Metzgermeister, Eggenstein,
11. Beideck, Julius, Zimmermeister, Hagsfeld,
12. Hafner, Otto, Kaufmann, Karlsruhe,
13. Ehrmann, Friedrich, Eisenbahnbeamter, Teutschneureut,
14. Dürr, Wilhelm, Fabrikant, Hochstetten,
15. Hentschker, Karl, Eisenbahninspektor, Karlsruhe.

B. Zentrumspartei.

1. Stadelbacher, Franz Xaver, Finanzoberinspektor, Karlsruhe, Hübschstr. 27.
2. Wikler, Karl, Kaufmann und Stadtrat, Karlsruhe, Kaiserstr. 237,
3. Hafner, Ferdinand, Lokomotivführer, Karlsruhe-Rüppurr, Im Grün 10,
4. Philipp, Klara, Ehefrau, Karlsruhe, Hoffstr. 1,
5. Herrmann, Karl, Oekonom, Karlsruhe, Gerwigstraße 27,
6. Müller, Wilhelm, Gewerkschaftsbeamter, Karlsruhe-Rüppurr, Rosenweg 60,
7. Müller, Gregor, Fabrikdirektor, Karlsruhe, Luisenstraße 30,
8. Heil, Karl, Maurer, Forchheim,
9. Braun, Felix, Eisendreher, Bulach,
10. Peter, Ferdinand, Oberingenieur, Karlsruhe, Ettlingerstr. 59,
11. Dr. Schmitt, Josef, Geh. Finanzrat und Landtagsabgeordneter, Karlsruhe, Hirschstr. 62,
12. Messang, Karl, Zimmermeister, Karlsruhe, Kriegsstraße 238,
13. Frey, Karoline, Ehefrau, Karlsruhe, Lachnerstr. 7,
14. Dr. Franz, Hermann, Professor und Stadtrat, Karlsruhe, Vorholzstr. 41,
15. Gut, Friedrich, Oberlandesgerichtsrat, Karlsruhe, Kriegsstr. 85.

C. Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

1. Geck, Eugen, Zeitungsverleger, Karlsruhe,
2. Weber, Karl, Bürgermeister, Hagsfeld,
3. Sturm, Josef, Bierbrauer, Forchheim,
4. Kruse, Bernhard, Gewerkschaftsbeamter, Karlsruhe,
5. Hecht, Ernst, Schlosser, Spöck,
6. Ebel, Heinrich, Schreinermeister, Graben,
7. Schneider, Anna, Hausfrau, Karlsruhe,
8. Gretschmann, Julius, Steinhauermeister, Eggenstein,
9. Reck, August, Maler, Blankenloch,
10. Lang, Hermann, Maschinensetzer, Karlsruhe,
11. Geigle, Emil, Schlosser, Linkenheim,
12. Wünsch, Wilhelm, Maurermeister, Knielingen,
13. Ott, Leopold, Maurerpolier, Teutschneureut,
14. Müller, Valentin, Schreiner, Karlsruhe,
15. Roth, Albert, Elektromechaniker, Bulach,
16. Seith, Karl Heinrich, Korbmacher, Liedolsheim,
17. Kahles, Franz, Maler, Karlsruhe,
18. Merz, Wilhelm, Plattenleger, Welschneureut,
19. Hüttner, Karl, Maurer, Graben,
20. Bohner, Anton, V., Landwirt, Bulach.

D. Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden) und **Bad. Landbund.**

1. Brauer, Alexander, Landgerichtsrat, Karlsruhe,
2. Hufser, Gotthold, Fabrikant, Hochstetten,
3. Ruf, Gottlieb, X., Landwirt, Knielingen,
4. Kaucher, Paul, Verwaltungsobersekretär, Karlsruhe,
5. Dietrich, Rudolf, Hugo, Kaufmann, Karlsruhe,
6. Zimmermann, Karl Ludw. II., Landwirt und Gemeinderat, Liedolsheim,
7. Katz, Friedrich, Kirchenrat, Karlsruhe,
8. Hornung, Ed. Emanuel, Landwirt, Friedrichstal,
9. Schlebach, Elisabeth, Privat, Karlsruhe,
10. Gogel, Emil, Malermeister, Welschneureut,
11. Bender, Emil, Oberzeichenlehrer, Karlsruhe,
12. Brunn, Karl, Landwirt, Karlsruhe-Rüppurr,
13. Jungmann, Adam, Landwirt, Eggenstein,
14. Dr. Ziegler, Bruno, Rechtsanwalt, Karlsruhe,
15. Kammerer, Joh. Frd., Gemeinderat, Blankenloch,
16. Kolb, August, Schreinermeister, Karlsruhe-Mühlburg,
17. Mayer, Karl Friedr., Landwirt, Hagsfeld,
18. Keller, Friedr. Wilh., Faktor, Karlsruhe,
19. Sitzler, Ludwig, Schlossermeister, Karlsruhe,
20. Furnitz, Robert, Landwirt, Liedolsheim,
21. Heuser, Albert, Landwirt, Linkenheim,
22. Breithaupt, Wilhelm, Gerichtsverwalter, Karlsruhe,
23. Ebel, Hermann, Landwirt und Gemeinderat, Graben.

E. Deutsche Volkspartei.

1. Wilser, Adolf, alt, Verbandsdirektor, Karlsruhe, Ettlingerstr. 25,
2. Gimbel, Rudolf, Kaufmann, Liedolsheim, Hauptstraße 31,
3. Leist, Berta, Sekretärin, Karlsruhe, Viktoriastr. 2,
4. Gamer, Albert, Wilhelm, Bürgermeister, Staffort,
5. Heil, Albert, Kaufmann Karlsruhe, Kaiserstr. 205, 205,
6. Süß, Karl, Müller, Graben, Hauptstr. 7,
7. Holtzmann, Dr. med. Friedrich, Landesgewerbearzt, Karlsruhe, Hirschstr. 148,
8. Bomberg, Julius, Landwirt, Leopoldshafen,
9. Haselwander, Franz, Friseurmeister, Karlsruhe, Karlstr. 29.

F. Kommunale Wirtschaftliche Vereinigung.

1. Willet, Robert, Architekt, Karlsruhe, Adlerstr. 22,
2. Heber, L. Fr., Privatmann, Karlsruhe, Brahmstraße 6,
3. Schwarz, Jakob, Eisenbahnoberinspektor, Karlsruhe, Karl-Wilhelmstr. 22,
4. Pönicke, Karl H., Architekt, Karlsruhe, Draisstr. 10,
5. Dr. Frommherz, Peter, Landgerichtsrat, Karlsruhe, Vorholzstr. 38,
6. Kolb, Jakob Fr., Kaufmann, Karlsruhe, Lachnerstraße 19,
7. Held, Heinrich, Blechnermeister, Karlsruhe, Rudolfstr. 9,
8. Geißendörfer, Th., Architekt, Karlsruhe, Gartenstraße 57,
9. Kölble, Gustav, Buchdruckereibesitzer, Karlsruhe, Akademiestr. 15,
10. Malsch, Adolf, Maurermeister, Karlsruhe, Rüppurrerstr. 64,
11. Martin, Wilhelm, Schlosser, Karlsruhe, Ernststraße 82,
12. Joos, Artur, Schlossermeister, Karlsruhe, Luisenstraße 39,
13. Epple, Karl, Möbelhandlung, Karlsruhe, Steinstraße 6,
14. Fritz, Josef, Kaufmann, Karlsruhe, Kriegsstr. 17,
15. Feger Friedrich, Gärtnereibesitzer, Karlsruhe-Karlstr. 70,
16. Schädler, Anton, Kaufmann, Karlsruhe, Kaiserallee 49,
17. Mannherz, Johann, Fuhrhalter, Karlsruhe, Nebeniusstr. 50.

G. Kommunistische Partei.

1. Jordan, Jakob, Dreher, Karlsruhe, Winterstr. 44,
2. Adler, Hermann, Schlosser, Knielingen,
3. Heck, Ludwig jr., Schlosser, Hagsfeld,
4. Podubecky, Rudolf, Hilfsarbeiter, Karlsruhe, Roonstraße 6,
5. Butz III., Adolf, Hilfsarbeiter, Bulach,
6. Schroff, Fritz, Finanzinspektor, Karlsruhe, Sofienstraße 33.

Karlsruhe, den 25. Oktober 1922. O.-Z. 147
Der Wahlkommissär.

Häuser
vermittelt
Otto Bühler
Liegenschafts-Agentur
Karlsruhe i. B.
Sofienstraße 19
Telephon 2812
A.536

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

B H K SPORT
Sportartikel
A.520 jeder Art
preiswert und gut
Sporthaus
Brannath
Karlsruhe Durlacher Tor

Verschiedene Bekanntmachungen.

Jagd-Verpachtung.

Die **Gemeinde Bermersbach** im Murgtal läßt am **Montag, den 6. November 1922, nachmittags 3 Uhr,** im Rathause daselbst die Ausübung des Jagdrechtes auf ihrer Gemarkung, umfassend rund 800 Hektar Wald und 200 Hektar Feld, auf weitere 6 Jahre, vom 1. Februar 1923 bis 31. Januar 1929, in Pacht öffentlich versteigern, wozu Liebhaber eingeladen werden. A.920.2.1

Auf die Beibringung eines Nachweises über Jagdberechtigung wird hingewiesen.

Bermersbach, 21. Okt. 1922

Der Gemeinderat:
Wörner, Bürgmstr.
Fritz, Ratschr.

Arbeiten zum Umbau der Tragwerke der Wegunterführung bei Km. 148,53 der Schwarzwaldbahn im Bahnhof Singen öffentlich zu vergeben. Los I: Erd- und Straßenarbeiten. Los II: Maurer- und Betonierungsarbeiten. Bedingungen und Zeichnungen an Werktagen bei unserer Kanzlei und bei der Bahnmeisterei Singen zur Einsicht. Angebote mit Aufschrift postfrei bis spätestens **2. November d. J., vorm. 10 Uhr,** bei uns einzureichen.

Konstanz, 18. Okt. 1922.
Bahnbauinspektion.

Druck der Karlsruher Zeitung.